



➔ PRESSEMITTEILUNG

Betreuungsgeld stoppen

Berlin, 29.03.2012. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV) lehnt die für 2013 geplante Einführung eines Betreuungsgeldes ab und fordert die Regierung auf, die entsprechenden Anträge, die heute im Bundestag beraten werden, zu unterstützen.

„Anstatt finanzielle Anreize zu schaffen, die Bildungsbeteiligung von Kindern und die Erwerbstätigkeit von Eltern zu verringern, sollte der Staat in frühkindliche Bildung und qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen investieren.“ So Edith Schwab, Bundesvorsitzende des VAMV. „Davon würden besonders Alleinerziehende als Familienernährerinnen profitieren. Denn Alleinerziehende brauchen Kitaplätze und kein Betreuungsgeld.“

Wie die Anhörung zum Betreuungsgeld im Bundestag im vergangenen Jahr bestätigte, sind sich die Experten einig: das Betreuungsgeld ist sozial-, integrations- und gleichstellungspolitisch verfehlt und verfassungsrechtlich problematisch.

Schwab ist erstaunt: „Dass die Bundesregierung wider besseren Wissens handelt, zeigt dass Ideologie anscheinend mehr Wert ist als Sachkenntnis.“

**Verband alleinerziehender
Mütter und Väter,
Bundesverband e. V.**

Hasenheide 70
10967 Berlin
Telefon: (030) 69 59 78-6
Fax: (030) 69 59 78 77
E-Mail: kontakt@vamv.de
Internet: www.vamv.de

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00
Konto 7 094 600

Bundesvorsitzende:
Edith Schwab
Bundesgeschäftsführerin:
Miriam Hoheisel

Wissenschaftliche
Referentinnen:
Sigrid Andersen
Antje Asmus

1967 gegründet als
Verband lediger Mütter